



## **Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Astrid Damerow (CDU)

und

## **Antwort**

der Landesregierung – Ministerin für Justiz, Kultur und Europa

### **Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden/ Gruppierungen**

1. Plant die Landesregierung den Abschluss eines Staatsvertrages mit muslimischen Gruppierungen/ Verbänden in Schleswig-Holstein, und wenn ja,
- in welchem zeitlichen Rahmen ist ein Vertragsabschluss geplant?
  - mit welchen muslimischen Gruppierungen/ Verbänden soll der Vertrag geschlossen werden?
  - welche Inhalte und Ziele hält die Landesregierung für regelungsbedürftig?

Antworten

zu 1. a. Die Landesregierung prüft den Abschluss eines Vertrages mit muslimischen Verbänden. Den bereits seit geraumer Zeit laufenden Vertragsverhandlungen mit der Nordkirche wird jedoch der Vorrang eingeräumt.

zu 1. b. Für einen Vertragsabschluss kämen grundsätzlich folgende Verbände in Frage:

DITIB-Nord (Türkisch-Islamische Union)  
SCHURA-Nord (Rat der islamischen Union)  
VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren).

- zu 1. c. Regelungsbedürftig sind nach Auffassung der Landesregierung:
- Islamischer Religionsunterricht
  - Ausbildung von Lehrern für den islamischen Religionsunterricht
  - Bestattungen nach islamischen Ritus
  - Islamische Feiertage
  - Religiöse Betreuung in besonderen Einrichtungen
2. Hat es zu der Frage eines Staatsvertrages mit muslimischen Verbänden bereits Gespräche mit möglichen Beteiligten gegeben, und wenn ja,
- a. welche Gruppierungen/ Verbände sowie sonstige Beteiligte waren an diesen Gesprächen beteiligt?
  - b. welches konkrete Ziel hatten diese Gespräche?
  - c. welche Ergebnisse haben diese Gespräche bis zum jetzigen Zeitpunkt erbracht?
  - d. wie ist der weitere Verfahrensablauf?

Antworten

- zu 2. a. Am 17.12.2012 hat ein erstes Gespräch zwischen der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und den zu 1. b. genannten Verbänden stattgefunden.
- zu 2. b. - d. Siehe Antworten zu 1. a. und 2. a.